Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 160. Montag den 9. Juni 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Schleußenbauten wird der

Taubchenweg

auf der Strecke vom Johannisplatze bis zu der VII. Bürgerschule

vom 10. dieses Monats ab

für den **durchgehenden Verkehr**, und auf der Strecke von dem Gerichtswege bis zur Heinrichstraße in Leipzig-Reudnitz, entsprechend dem Fortschreiten des am Gerichtswege beginnenden Schleußenbaues,

vom 9. dieses Monats ab

für den gesammten Fahrverkehr gesperrt.

Desgleichen wird die

Lange Straße

auf deren Strecke zwischen der Reudnitzer und Tauchaer Straße in Folge der dort in Angriff genommenen Regulirungsarbeiten

vom 9. dieses Monats ab

für den **gesammten Fahrverkehr**, und die

Kohlgartenstraße

auf der gleichen Strecke **für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Hierbei machen wir darauf aufmerksam, daß die letztgenannte Straße mit dem Fortschreiten der erwähnten Arbeiten später für

den gesammten Fahrverkehr

zu sperren sein wird.

Leipzig, den 6. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

IX. 3439. Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 12. d. Mon., soll mit der Pflasterung des noch unbefestigten Theiles des Westplatzes, sowie der der Alexanderstraße begonnen werden.

Es wird daher

die **südwestliche Hälfte des Westplatzes**, desgleichen die zwischen dem Westplatze und der Wiesenstraße gelegene Strecke der **Promenadenstraße** und die **Alexanderstraße** auf der Strecke zwischen Colonnaden- und Promenadenstraße von dem gedachten Zeitpuncte ab auf die Dauer der Arbeiten

für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 6. Juni 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

IX. 3440. Dr. Tröndlin. Heinig.

Nutz- und Brennholz-Auction.

Mittwoch, den 11. Juni dieses Jahres sollen von Vormittags 9 Uhr an in dem an der **Harkortstraße** unter Nr. 4 hier gelegenen, sogenannten **Schwägerichen**'schen **Gartengrundstück**

14 Birnbaum-
1 Nußbaum-
1 Birken-
1 Eichen- und
2 Eschen- } **Nutzklötze,**

sowie 1 Raummeter **Brennscheite** und 61 Haufen **Abraum-** resp. **Schlagreisig**

unter den im Termine noch bekannt zu gebenden Bedingungen gegen sofortige Baarzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: im vorgenannten Grundstück.

Leipzig, am 5. Juni 1890.

Ib 3000. **Des Raths Baudeputation.**

Bekanntmachung.

Die **Polizeibehörden** der Amtshauptmannschaft Leipzig werden ersucht, **diejenigen Leichen, welche laut Ministerialverordnung vom 21. September 1874 an die Universität abzuliefern sind, sofort bei der anatomischen Anstalt in Leipzig anzumelden,** welche deren Abholung besorgen wird. Die Polizeibehörden auf dem platten Lande (Gemeindevorstände und Gutsvorsteher) haben eine Aufwandentschädigung von 10 ℳ, die in den Städten eine solche von 6 ℳ zu beanspruchen.

Die Leichen werden das ganze Jahr hindurch angenommen, besondere Anfragen sind deshalb überflüssig.

Leipzig, den 6. Juni 1890.

Die Direction der Anatomie.
Prof. Ils.

Holz-Auction

auf Zwenkauer Staatsforstrevier.
Montag, den 16. Juni dss. Js.,
von Vormittags 10 Uhr an
sollen folgende in der **Harth** aufbereitete Nutzhölzer, als:

1046	Stück	eichene Klötz. v. 10—31 cm Stärke, 3—6 m L.,			in
4	"	rothbuch. " " 15—35 " "	3 u. 4	" "	Abth.
4	"	lindene " " 14—27 " "	3 u. 4	" "	7a,
2	"	erlene " " 20—23 " "	4	" "	

und zwar Nr.: 145, 158, 159, 165, 167, 170 bis 173, 176, 184, 185, 193, 195 bis 201, 205 bis 208, 211, 212, 214 bis 223, 227 bis 230, 233, 237, 238, 241, 253 bis 256, 258, 263 bis 265, 270 bis 274, 278, 280 bis 288, 295 bis 300, 305, 307 bis 321, 325, 328, 329, 332, 335, 336, 340 bis 348, 355 bis 357, 359, 360, 366, 369 bis 371, 373, 374, 379 bis 382, 384 bis 388, 396, 397, 402, 405, 406, 410, 413 bis 415, 420, 422 bis 425, 428 bis 430, 433, 437, 440,

238 Stück eichene Stangenklötzer von 7—9 cm Stärke, 3 m L., Abth. 7a, Nr. 3—6, 8 bis 11,

116	"	eich. Klötzer v. 10—30 cm Stärke, 3—6 m L.,			in
44	"	erl. " " 10—30 " "	4—6	" "	Abth.
9	"	lind. " " 10—18 " "	3 u. 4	" "	28a,
3	"	birk. " " 15—23 " "	4—6	" "	

und zwar Nr.: 3, 6 bis 8, 18, 21 bis 24, 31, 32, 40, 65, 70, 72, 73, 78, 80, 81, 92, 97, 100, 111, 112, 121 bis 123, 129, 141, 142, sowie

Dienstag, den 17. Juni dss. J.
ebenfalls von Vormittags 10 Uhr an,
folgende ebenfalls in der **Harth** aufbereitete Brennhölzer, als:

20	rm	eichene Brennscheite,	Nr. 39 bis 47,	in
39	"	" Zacken,	" 128 " 145,	Abth.
409	"	hartes Abraumreisig,	" 62 " 125,	7a,
185	"	harte, meist eichene Stöcke,	Nr. 1 bis 44 in Abth. 28a und 62 bis 68 in Abth. 21d,	

meistbietend gegen **sofortige Bezahlung** und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung an beiden Tagen auf dem Holzschlage in Abtheilung 7a, nahe bei Zwenkau: Zahlstelle im Gasthofe zum „Bayerischen Hof" in Gaschwitz.

Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königl. Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königl. Forstrentamt Wurzen, am 4. Juni 1890.

Lomler. Geißler.

Leipzig, 9. Juni.

* Aus Berlin wird geschrieben: Wieder einmal taucht das Gerücht von einer bevorstehenden Verlobung der jüngsten Schwester des deutschen Kaisers mit dem ältesten Sohne des Kronprinzen von Dänemark auf. Daß eine derartige Verbindung geplant wird, ist unzweifelhaft. Ob aber die Verwirklichung dieses Planes, für den sich bisher vorwiegend die betheiligten weiblichen Kreise interessirt zu haben scheinen, jetzt wahrscheinlicher geworden ist als vor einem Jahre, entzieht sich unserer Beurtheilung. Nur so viel steht unzweifelhaft fest, der deutsche Kaiser würde seine Einwilligung ohne Zögern und gern geben. War es doch vom Beginn seiner Regierung an sein eifriges Bestreben, die Beziehungen zum dänischen Königshause inniger und freundschaftlicher zu gestalten. Daß ihm das gelungen ist, zeigt sein abermals bevorstehender Besuch am dänischen Hofe — diesmal in Begleitung seiner Gemahlin. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der sehr weit gediehene Plan einer Verbindung derselben Prinzessin mit dem russischen Thronfolger nunmehr als endgiltig gescheitert zu betrachten ist. Die Bedingung des vorgängigen Uebertritts der Prinzessin zur griechisch-orthodoxen Kirche ist vom deutschen Kaiser zurückgewiesen worden. Gegen den Ausweg des nachträglichen, freiwilligen Uebertritts hat sich die russische Geistlichkeit erklärt.

* Der Bundesrath hat am Sonnabend Mittag einstimmig die Vorlage über die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Officiere angenommen.

* Die Sperrgeldervorlage ist im preußischen Abgeordnetenhaus durch die Halsstarrigkeit und unglückliche Tactik des Centrums abgelehnt worden. Es stimmten nur die Deutschfreisinnigen und der wildconservative Abg. v. Meyer-Arnswalde dafür. In den letzten Tagen hatten noch auf conservative Anregung Verhandlungen stattgefunden, welche dem Centrum soweit entgegenkamen, daß man von ihm nur Stimmenthaltung und eine Erklärung verlangte, die einem Mißbrauch dieses Gesetzes zu heterischer Agitation einigermaßen vorgebeugt hätte. Ob unter dieser Bedingung eine Mehrheit im Abgeordnetenhause für das Gesetz zu finden gewesen wäre, muß dahingestellt bleiben. Die Verhandlungen mußten abgebrochen werden, weil das Centrum auch diese Brücke der Verständigung zu betreten sich weigerte. Es bleibt also dabei, daß das Centrum ein Friedensgesetz, gegen das von maßgebender kirchlicher Seite kein Bedenken erhoben werden, aus ganz nichtigen Vorwänden lediglich aus Freude an der Fortsetzung des Kampfes abgelehnt hat. Ob die Angelegenheit im Herbst wieder aufgenommen werden wird, ist sehr zweifelhaft; bessere Bedingungen wird das Centrum ganz gewiß nicht erhalten. Der Cultusminister hat heute keinen Zweifel darüber gelassen, daß die schroffe Haltung des Centrums bei der Regierung einen Stachel gerechter Verstimmung hinterlassen habe. Unserer Ansicht nach haben die Regierung und die Mehrheitsparteien der Volksvertretung jetzt das ihrige gethan und haben keinen Anlaß, ihrerseits ein Zurückkommen auf den Gegenstand zu betreiben. Das wird Sache des Centrums bezw. der kirchlichen Organe sein, und es wird diesem Verlangen nur stattgegeben werden dürfen, wenn Sicherheit geboten wird, daß das Entgegenkommen auch auf klerikaler Seite erwidert und nicht aufs Neue mit solcher verbissenen Opposition belohnt wird. Die Erregung in den protestantischen Kreisen, namentlich des Westens, über das Gesetz und die damit zusammenhängenden Vorgänge ist ohnehin in beständigem Wachsthum begriffen. Darüber liegen sehr bezeichnende Stimmungsberichte vor.

* Wie die „Berl. Polit. Nachr." hören, ist die in parlamentarischen Kreisen verbreitete Auffassung, als seien die verbündeten Regierungen damit einverstanden, daß die Erledigung der Novelle zur Gewerbeordnung bis zum Herbste verschoben werden solle, nicht zutreffend. Abgesehen davon, daß thatsächlich keinerlei Beschluß in dieser Richtung gefaßt ist, wird versichert, daß nach wie vor der größte Werth darauf gelegt wird, daß der bezügliche Gesetzentwurf zur Verabschiedung gelangt. Es liegt hierfür um so eher Veranlassung vor, als der Reichstag ohnehin länger als bis Ende Juni behufs Erledigung des ihm neben der Gewerbeordnungsnovelle unterbreiteten und noch zu unterbreitenden Materials wird beisammen bleiben müssen.

* Die von dem Cultusminister von Goßler jetzt für Görlitz eingerichteten Curse für auswärtige Lehrer zur Einführung in die Technik der Jugendspiele erfreuen sich eines überaus lebhaften Zuspruchs. Der erste Cursus mit 35 Lehrern, die aus allen Theilen Deutschlands erscheinen werden, nimmt am Sonntag, den 8. Juni seinen Anfang. Weite Curse werden im Laufe dieses Sommers unter der Leitung des Gymnasial-Directors Dr. Eitner in Görlitz folgen. Auch das Ausland hat bereits eine Anzahl Lehrer angemeldet, die gern zugelassen werden sollen. Dies Interesse ist im hohen Grade erfreulich, da hiermit Veranlassung zu einer weitergehenden körperlichen Ausbildung unserer Jugend gegeben und der vorhandenen Frühreife in wirksamer Weise entgegen gearbeitet wird.

* Zum Streit in der deutsch-freisinnigen Partei schreibt die von dem Abg. Dr. Barth herausgegebene „Nation":

Das Centralcomité, d. h. die parlamentarische Gesammtvertretung der freisinnigen Partei ist durch den Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg auf den 9. Juni, Abends 7½ Uhr, zusammenberufen worden, um betreffs des erhobenen Einspruches gegen die Constituirung der Parteiausschüsse in Berathung zu treten. Ob es dabei zu einem Ausgleich kommt, der beiden Theilen annehmbar erscheint, steht dahin. Die tiefer liegenden Ursachen des Streites sind — unter Uebernahme voller persönlicher Verantwortlichkeit mittelst Namensunterschrift — einerseits durch den Artikel des Herrn Dr. Barth in der vorigen Nummer der „Nation" und andererseits durch eine ausführliche Antwort des Herrn Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung" klargestellt. Die Antwort des Herrn Richter hat dem Abgeordneten Barth zu einer weiteren öffentlichen Erklärung Veranlassung gegeben, in der die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird: „einen ehrlichen Frieden wieder herbeizuführen, der auf der Anerkennung der Eigenart beider jetzt streitenden Theile beruht." Einige den Vorgängen Fernerstehende haben in dieser versöhnlichen Erklärung einen Act der Unterwerfung erblicken wollen. Jene Kreise, auf welche die Erklärung berechnet war, kennen die Sachlage und die betheiligten Persönlichkeiten zur Genüge, um darüber nicht im Zweifel zu sein, daß von einer Unterwerfung weder der Form noch der Sache nach die Rede sein wird. Von einigen besonders hitzigen Parteigängern sind allerdings Resolutionen gefaßt, welche eine derartige Unterwerfung mehr oder weniger unverblümt verlangen. Solche Resolutionen werden die Stimmung unter den streitenden Theilen zwar nicht verbessern, aber sie werden auch die Chancen eines Ausgleiches nicht wesentlich beeinträchtigen. Letzteres kann man leider nicht auch von einer Anklage sagen, die von einem bekannten freisinnigen Abgeordneten in einer öffentlichen Versammlung formulirt sein soll. Es ist danach gegen die Mehrheit des Dreizehner-Ausschusses von einem Collegen mit nackten Worten die Behauptung aufgestellt, daß diese Mehrheit „der Abrede, Alles beim Alten zu lassen, zuwider, einen Vertrauensbruch durch hinterlistigen Ueberfall ausgeübt habe." Dem betreffenden Herrn wird ohne Zweifel im Central-Comité Gelegenheit gegeben werden, diese schlechthin unwahre Anklage, als auf einer irrigen Berichterstattung beruhend, von sich wieder abzuschütteln. Nach diesem Allen steht eins fest: Der vorhandene Riß verträgt keine oberflächliche Verkleisterung. Die Alternative zeigt sich vielmehr ersichtlich dahin zu: aufrichtiges Miteinanderarbeiten für die gemeinschaftliche freisinnige Sache, also wirkliche Verständigung mit einem Dauer versprechenden Frieden, wenn diesseits die vollste Bereitwilligkeit besteht, oder — getrenntes Nebeneinanderarbeiten.

* Um die Personen des Reichscommissars Major Wissmann und seines Stellvertreters, des Premierlieutenants Freiherrn von Gravenreuth, ist aus Anlaß ihrer Rückkehr nach Deutschland ein ganzer Cyclus von Legenden gebildet worden. Nach der einen Zeitungsmeldung soll Frhr. von Gravenreuth als Gouverneur nach Kamerun versetzt werden; eine andere Zeitung bestätigt dies mit dem Hinzufügen, daß Herr von Gravenreuth nach Ostafrika nicht zurückkehren werde, weil Differenzen zwischen ihm und Major Wissmann dies unmöglich machen. Dem gegenüber ist nach der „Nat.-Zeit." zu constatiren, daß an unterrichteten Stellen von Differenzen absolut nichts bekannt ist und daß Herr von Gravenreuth während seiner zeitlichen Anwesenheit in Berlin, als er von einem solchen Gerüchte Kenntniß erhielt, mit aller Bestimmtheit das Bestehen von Differenzen zwischen ihm und Major Wissmann verneinte. Der Grund seiner Rückkunft ist lediglich der, daß Herr von Gravenreuth während seines ungemein anstrengenden Colonialdienstes sich ein Magenleiden zugezogen hatte; dasselbe hatte ihn körperlich so heruntergebracht, daß er zu einer Erholung einen dreimonatigen Urlaub antreten mußte. Er verbringt denselben gegenwärtig im bayerischen Hochgebirge. An maßgebender Stelle hat man zunächst nur den Wunsch, Herrn von Gravenreuth wiederhergestellt zu sehen; wann dies erfolgt ist, dann erst kann die Art seiner Wiederverwendung im Colonialdienste in Erwägung gezogen werden. — Was Major Wissmann betrifft, so behaupten verschiedene Blätter, wohl nach englischer Quelle, daß derselbe nicht mehr nach Ostafrika zurückkehren werde, da seine Mission daselbst erfüllt sei. Allerdings hat Wissmann nach der überraschend schnell gelungenen Unterwerfung des Südens seine nächste Aufgabe in Ostafrika der Hauptsache nach glänzend gelöst, und darum kann er sich auch jetzt die nothwendige und verdiente Erholung gönnen. Allein vorläufig besteht noch das deutsche Reichscommissariat in Ostafrika und die Pacificirung des Innern ist so jungen Datums, daß hinsichtlich der weiteren Sicherung der Straßen und des Verkehrs 2c. noch mancherlei Aufgaben harren. In einem competenten Urtheil hierüber ist wohl nur Major Wissmann berufen; Niemand wird darüber bevor er Berlin erreicht, entscheiden.

* Aus Liegnitz wird der „Köln. Zeit." geschrieben: Von unterrichteter Seite wird mitgetheilt, daß die Ankunft des Kaisers von Oesterreich auf den Nachmittag des 14. September kurz vor dem Eintreffen des Kaisers Wilhelm festgesetzt sei. Während der Anwesenheit Kaiser Wilhelm's findet auf dem Haag am Anfang der Baumgart-Allee ein Feldgottesdienst und beim Schießhause, wo für den Kaiser eine Tribüne errichtet wird, ein Zapfenstreich statt. Ein Gartenfest wird in den Räumen des Schießhauses abgehalten werden. Mit der Oberleitung der Festlichkeiten ist der Oberstlieutenant v. Gessel beauftragt.

* Der Zustand des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin ist noch unverändert. Derselbe reist von Bordeaux nach der Insel Wight ab, von wo er eine größere, ärztlich verordnete Seereise antritt.

* Man schreibt: „In Eisenach sind augenblicklich, wie alle zwei Jahre um diese Zeit, die Vertreter des evangelischen deutschen Kirchen-Regiments versammelt. Es scheint, daß in ihrem Schooße diesmal die Stimmung gegen früher eine wesentlich verbesserte ist. Sie fühlen sich mehr; sie besorgen nicht länger, in Stillstand erhalten zu werden. Eine kleine, aber bezeichnende Angelegenheit, in der es bisher geschah, war die des gemeinsamen Bußtages der verschiedenen evangelischen Kirchen, die man nun endlich hofft, zu regeln. Auch die Revision der Bibel soll demnächst zur Entscheidung kommen. Man will das Werk der dafür eingesetzten Sachverständigencommissien einem Ausschuß zur Prüfung überweisen, auf Grund der vorliegenden Ausfüllungsbogen."

* * *

* Ein neuer Beleg für die unermüdliche Thätigkeit fast aller europäischen Regierungen, mit Bezug auf die arbeitenden Classen von Seiten des Staates Alles vorzusehen, was den Anforderungen der Humanität und einer verständigen Wohlfahrtspolitik entspricht, liegt heute aus Oesterreich vor. Ein Erlaß des Handelsministers an die Eisenbahn-Directionen erwägt die Frage, in wie weit es thunlich wäre, für das wegen des gesteigerten Personenverkehrs am Sonntag und den Feiertagen in erhöhtem Maße in Anspruch genommene Personal der Transportanstalten betreffs der Sonntagsruhe eine entsprechende Fürsorge zu treffen. Der Erlaß empfiehlt eventuelle Maßnahmen und führt des Weiteren aus, daß bezüglich solcher Maßnahmen gegenüber den hinderlichen, zur Zeit bestehenden Einrichtungen eine internationale Verständigung über eine entsprechende Abänderung mit der Aussicht auf Erfolg ins Auge zu fassen sein dürfte.

* Seit dem Rücktritte Kolomans v. Tisza regt sich allerorten im Siebenbürger Sachsenlande die Hoffnung auf den Anbruch besserer Tage und auf die Möglichkeit, mit dem herrschenden magyarischen Volksstamme in ein erträglicheres Verhältniß als bisher zu kommen. Um auch ihrerseits nichts zu versäumen, was die Anbahnung freundlicherer, auf gegenseitiger Rechtsachtung beruhender Beziehungen befördern kann, und gleichzeitig die nationale Widerstands- und Schaffenskraft ihres Volkes zu beleben, haben die Sachsenführer die Einberufung eines Sachsentages beschlossen, auf welchem über die Revision des auf dem Mediascher Sachsentage von 1872 aufgestellten und im Jahre 1881 fortgebildeten sächsischen Nationalprogramms berathen werden soll. Unter den etwa 200 Einberufern dieser Versammlung befinden sich die Reichstagsabgeordneten Dörr, Eitsch, Kaiser, v. Melzl, Baron Salmen und Schuster, ferner zahlreiche angesehene Professoren, Pfarrer, Aerzte, Advocaten, Fabrikanten, Kaufleute und Gewerbetreibende. Die geplante Revision wird der Hauptsache nach darin bestehen, daß von nun ab den sächsischen Abgeordneten der Anschluß an eine der bestehenden Reichstagsparteien gestattet werden soll, um ihnen eine fruchtbringende Thätigkeit zu ermöglichen.

* In Erwiderung der Ansprache der beiden Delegationspräsidenten Oesterreich-Ungarns drückte der Kaiser Franz Josef seine aufrichtige Genugthuung über die Versicherungen treuer Ergebenheit aus. Hierauf äußerte sich der Kaiser in der bereits telegraphisch gemeldeten Weise über die allgemeine politische Lage. Im weiteren Verlauf seiner Antwort betonte der Kaiser, daß die unausgesetzte Fortentwickelung der Wehrmacht Oesterreich-Ungarns nothwendiger Weise in möglichstem Einklange mit der wichtigen Stellung erhalten werden müsse, welche Oesterreich-Ungarn neben seinen Verbündeten und in Europa zu behaupten habe. Bei aller gewissenhaften Erwägung der Finanzverhältnisse der Monarchie werde es unausweichlich sein, nebst der Fortsetzung militairischer Vorsichtsmaßregeln auch die aus den Fortschritten der Technik auf dem Gebiete des Schieß- und Befestigungswesens sich ergebenden Erfordernisse ins Auge zu fassen. Die fortschreitende wirthschaftliche Entwickelung Bosniens und der Herzegowina ermögliche auch jetzt die Bedeckung der Verwaltungskosten aus den eigenen Einnahmen dieser Länder. Die Ansprache schließt mit einem Appell an die stets bewährte patriotische Einsicht der Delegirten.

* Nach Mittheilungen aus „privater" Quelle aus Wien über den Verlauf des Cercles des Kaisers mit den Delegirten, welchen der Kaiser nach der Ansprache an die österreichische Delegation abhielt, wurde bei demselben namentlich der böhmische Ausgleich berührt. Der Kaiser sprach dem Abgeordneten Rieger seinen Dank aus für dessen Haltung im Landtage. Das czechische Volk, sagte der Kaiser, sei in Folge von Agitationen verhetzt, ganz ohne Grund, denn Niemand wolle die Rechte desselben schmälern; es sei wünschenswerth, daß die aufgeregten Gemüther sich wieder beruhigten und daß der Ausgleich, welcher eine Staatsnothwendigkeit sei, zu Stande kommen möge. Wenn auch die Schwierigkeit eine große sei, so werde es doch gehen und es müsse gehen. Gegenüber den deutsch-böhmischen Deligirten äußerte der Kaiser seine Freude, die Vertreter der Deutsch-Böhmen wieder in der Delegation zu sehen; auch dies sei ein Fortschritt. Den Referenten über das Budget des Kriegsministeriums gegenüber betonte der Kaiser, die Verwaltung habe sich mit ihren Mehrforderungen auf die engsten Grenzen des unerläßlich Nothwendigen beschränkt; weiter hob der Kaiser bei der Berührung des Budgets für Bosnien die stete Besserung der Zustände in den occupirten Ländern hervor. In beiden Delegationen sprach der Kaiser die Hoffnung auf einen raschen und glatten Verlauf der Delegationsverhandlungen aus.

* In Beantwortung einer Interpellation über das Decret der brasilianischen Regierung, betreffend die Naturalisirung Fremder erklärte der Ministerpräsident Crispi in der italienischen Kammer, er habe sich an andere Cabinete gewendet, welche fast alle die Ansicht der italienischen Regierung getheilt hätten, daß die Nationalität in Folge des Decrets nicht nach 6 Monaten verloren gehen könne. Der brasilianische Minister des Auswärtigen sei durch ein Memorandum über diese Angelegenheit interpellirt worden und habe zugegeben, daß Fremde nicht ohne ihre ausdrückliche Erklärung als naturalisirt angesehen werden können, selbst nach Ablauf von 6 Monaten werde er Erklärungen von Italienern zulassen, welche ihre Nationalität nicht verlieren wollten.

* In der französischen Deputirtenkammer interpellirte Ernest Roche, wie gestern erwähnt, die Regierung wegen der Ernennung des Admirals Duperre zum Commandanten eines Geschwaders und wies auf von republikanischen Blättern gebrachte Artikel hin, denen zufolge Duperre im Jahre 1870 seine Pflicht nicht gethan hätte, eine Behauptung, die zahlreiche Proteste hervorgerufen habe. Wenn die in den Artikeln angeführten Thatsachen wahr seien, so sei die Ernennung Duperre's ein Fehler, seien sie unwahr, so müsse man die Verleumder zur Rechenschaft ziehen. Der Marineminister Barbey erwiderte, die angeführten Thatsachen seien vollständig unwahr; die Personalacten des Admirals ergäben, daß derselbe in Belgien interniert gewesen sei und auch während der Gefangenschaft seine Pflicht gethan habe; die von den republikanischen Ministern über sein Verhalten erstatteten Berichte seien vorzüglich; Duperre biete volle Gewähr dafür, ein würdiger Nachfolger Du Petit-Thouar's zu werden. Er (der Minister) übernehme die volle Verantwortlichkeit für die Ernennung (Beifall). Demille-Maillefen vertheidigte ebenfalls das Verhalten Duperre's. Schließlich wurde die vom Ministerium acceptirte einfache Tagesordnung mit 385 gegen 60 Stimmen angenommen.

* Aus Paris schreibt man vom 6. Juni: Des Hour vertheidigt sich heute im „Matin" gegen die Angriffe, welche ihm seine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck eingetragen hat. Am Schlusse seines Artikels bemerkt er: „Kann es etwa unser Ansehen stärken, wenn wir stets einen ohnmächtigen Haß und einen kleinlichen Groll Deutschland gegenüber zeigen? Geben wir die ingrimmige Haltung von mißvergnügten und geschlagenen Leuten auf. Die Revanche haben wir bereits erhalten. Sie besteht darin, daß wir unsere Verluste wieder ausgebessert und unser Land auf einen Grad Wohlstand und Macht gebracht haben, den es vorher nicht einnahm. Die Revanche ist unsere Armee und unsere Ausstellung . . . Fügen wir uns in einen Friedensvertrag, den wir freiwillig geschlossen haben und Dank dem wir uns in zwanzig Jahren wieder zu unserer heutigen Stellung erhoben haben. Befolgen wir ihn getreu und enthalten wir uns elender Aufreizungen, die eines Volkes unwürdig sind, das sich seiner Kraft bewußt ist. Nehmen wir muthig wieder den uns im Rathe der Völker unserer Macht nach gebührenden Platz ein. Benehmen wir uns wie ein großes Volk, das seiner sicher genug ist, um den Grüßen als Seinesgleichen zu verhandeln. Niemand wird uns unseren gesetzmäßigen Rang streitig machen."

* Stanley wird in seinen Bemühungen, die Gegensätze zwischen England und Deutschland in der Colonialfrage zu schüren, nicht müde. Man berichtet: